

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis.....	11
Abkürzungsverzeichnis	15
Kapitel A – Einführung.....	17
I. Verwaltungsvollstreckungsrecht als Teil des öffentlichen Rechts	17
II. Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen	18
III. Die Bedeutung des Rechtsstaatsprinzips im Verwaltungs- vollstreckungsverfahren	19
IV. Gerichtliche Kontrolle behördlicher Vollstreckungsmaßnahmen.....	20
V. Der Begriff des Verwaltungsvollstreckungsverfahrens.....	20
Kapitel B – Grundsätze des Verwaltungsvollstreckungsrechts.....	21
I. Zweck des Verwaltungsvollstreckungsverfahrens	21
II. Vollstreckung nach Bundes- und Landesrecht	21
III. Zur Systematik der verwaltungsvollstreckungsrechtlichen Regelungen	24
1. Am Beispiel des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes des Bundes.....	24
2. Am Beispiel des Sächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes.....	24
IV. Zum Verhältnis zwischen dem SächsPolG und dem SächsVwVG.....	25
1. Aufgabe der Polizei	25
2. Anwendung von Zwangsmitteln	26
3. Polizeizwang.....	27
V. Zum Begriff der Verwaltungsvollstreckungsmaßnahme und dessen Bedeutung	28
1. Begriff der „Verwaltungsvollstreckungsmaßnahme“	28
2. Typische Vollstreckungsmaßnahmen	28
3. Keine Vollstreckungsmaßnahme	29
4. Bedeutung des Begriffs der „Verwaltungsvollstreckungsmaßnahme“	29
VI. Verwaltungsvollstreckungsverfahren als Verwaltungsverfahren.....	30
Kapitel C – Der Vollstreckungstitel als „allgemeine Voraussetzung der Verwaltungsvollstreckung“	31
I. Keine Verwaltungsvollstreckung ohne Vollstreckungstitel	31
II. Vollstreckungstitel nach § 2 SächsVwVG	32
1. unanfechtbarer Verwaltungsakt (§ 2 Nr. 1 SächsVwVG)	33
2. keine aufschiebende Wirkung.....	34
3. Entfallen der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs	36
4. Vollstreckbare Verwaltungsakte.....	46
III. Nicht vollstreckbare Verwaltungsakte	52
IV. Sog. faktische Vollziehung.....	53
V. Der bekannt gegebene und wirksame Vollstreckungstitel	53
1. Grundlage eines Verwaltungsvollstreckungsverfahrens	53
2. Grundsatz des Rechtsstaatsprinzips	54

3. Unmittelbare Entfaltung der rechtlichen Wirkungen.....	54
4. Nicht ordnungsgemäß bekannt gegebener Verwaltungsakt	56
5. Zur Zustellung von Verwaltungsakten.....	56
VI. Zur Bestimmtheit des Vollstreckungstitels	57
1. Hinreichende Bestimmtheit.....	57
2. Folgen unbestimmter Vollstreckungstitel bzw. Vollsteckungsmaßnahmen	58
VII. Die Begründung des (schriftlich erlassenen) Verwaltungsaktes	
richtet sich nach § 39 VwVfG.	63
1. Wesentliche tatsächliche Gründe.....	63
2. Wesentliche rechtliche Gründe	63
3. Besondere Begründung von Ermessensentscheidungen	64
4. Tatbestand und Rechtsfolge	65
5. Umfang der Begründungspflicht.....	66
6. Gliederung des Aufbaus der Begründung.....	66
7. Rechtsbehelfsbelehrung	67
VIII. Nicht vollstreckbare Realakte.....	69
1. Regelungswirkung des Verwaltungsaktes	69
2. Begriff des Realaktes.....	69
3. Typische Realakte.....	70
4. Zusammenfassung.....	70
IX. Zum Zusammenhang zwischen Bekanntgabe und Wirksamkeit eines Verwaltungsaktes, der Funktion der aufschiebenden Wirkung und der Unanfechtbarkeit eines Verwaltungsaktes	71
 Kapitel D – Die Vollstreckung aus einem öffentlich-rechtlichen Vertrag	
(sog. Verwaltungsvertrag).....	76
I. Sog. Verwaltungsvertrag als Handlungsmöglichkeit der Behörde	76
II. Beispiele aus der Rechtsprechung für öffentlich-rechtliche Verträge (Verwaltungsverträge).....	76
III. Subordinationsrechtlicher Vertrag.....	77
IV. Unterwerfungsklausel nach § 61 VwVfG.....	77
V. Beachtung des Bestimmtheitsprinzips bei der Unterwerfungsklausel.....	79
VI. Rechtsschutz des Bürgers gegen eine Vollstreckung aus einem sofort vollstreckbaren Subordinationsvertrag	79
1. Vollstreckungsgegenklage des Bürgers	79
2. Vorteile der Behörde	80
VII. Abschließende Übersicht zu den Handlungsformen der Verwaltung und ihrer Bedeutung im Verwaltungsvollstreckungsverfahren	81
 Kapitel E – Der Vollstreckungsschuldner	
1. Begriff des Vollstreckungsschuldners.....	82
2. Vollstreckung gegen Rechtsnachfolger	82
3. Nennung des Vollstreckungsschuldners im SächsVwVG	83

Kapitel F – Die Vollstreckungsbehörde.....	84
I. Unterscheidung zwischen Leistungsbescheiden und sonstigen Verwaltungsakten	84
II. Abgrenzung zur sog. Anordnungsbehörde	84
III. Die Vollstreckungsbehörde.....	85
IV. Vollstreckungskosten.....	84
Kapitel G – Die Vollstreckungshilfe	86
I. Sonderform der Amtshilfe.....	86
II. Die sog. Vollstreckungshilfe	86
1. Regelung in § 4 Abs. 2 SächsVwVG	86
2. Vollstreckungsersuchen	86
3. Kostentragung	86
4. Vollstreckungshilfe für die Anordnungsbehörde/ Vollstreckungsbehörde durch andere Vollstreckungsbehörden	87
III. Unterschied zur sog. Vollzugshilfe.....	87
Kapitel H – Die unterschiedlichen Maßnahmen in der Verwaltungsvollstreckung und die Einleitung des Verwaltungsvollstreckungsverfahrens	88
I. Sollen Vollstreckungsmaßnahmen eingeleitet werden?.....	88
II. Innerbehördliche Entscheidung der Vollstreckungsbehörde	89
III. Auswahl zwischen mehreren Zwangsmitteln.....	89
IV. Vorrang des Zwangsmittels des „Zwangsgeldes“	89
Kapitel I – Sonderfall der Fiktion der Abgabe einer Willenserklärung nach § 24a i. V. mit § 19 Abs. 2 Satz 2 SächsVwVG	91
Kapitel J – Die Androhung der Verwaltungsvollstreckungsmaßnahme	93
I. Androhung eines Zwangsmittels als Beginn des Verwaltungsvollstreckungsverfahrens.....	93
II. Grundsätzliche schriftliche Androhung ohne vorherige Anhörung des Vollstreckungsschuldners	93
III. Androhung als 1. Stufe des Verwaltungsvollstreckungsverfahrens	94
IV. Androhung als sog. akzessorischer Verwaltungsakt.....	94
V. Beachtung des Bestimmtheitsprinzips.....	95
VI. Fristbestimmung bei der Androhung	96
VII. Verbindung der Androhung mit dem vorausgegangenen Grundverwaltungsakt.....	98
VIII. Erneute Zwangsmittelandrohungen	100
IX. Androhung durch die Widerspruchsbehörde	100
X. Zur Androhung von Zwangsgeld	101
XI. Zur Androhung der Ersatzvornahme.....	116
XII. Zur Androhung des unmittelbaren Zwangs.....	120
1. Unmittelbarer Zwang als „ultima ratio“	120

2. Eilfälle	121
3. Beispiele aus der Rechtsprechung	121
4. Tenorierungen mit Androhung unmittelbarem Zwangs aus der Rechtsprechung.....	122
5. Konkretisierung nicht erforderlich.....	124
6. Befugnis der Vollstreckungsbehörde	124
7. Befugnis der Vollzugspolizei.....	124
Kapitel K – Die Festsetzung des vorher angeordneten Zwangsgeldes	126
I. Festsetzung nach Zwangsgeldandrohung	126
II. Festsetzung nur beim Zwangsgeld	126
III. Zwangsgeldfestsetzung als Leistungsbescheid	127
IV. Isolierte schriftliche Zwangsgeldfestsetzung.....	127
V. Beweis der Erforderlichkeit der Zwangsgeldfestsetzung	128
VI. Beispiele aus der Rechtsprechung	128
VII. Festsetzung mit erneuter Androhung.....	128
VIII. Fälligkeit des festgesetzten Zwangsgeldes	129
IX. Verhältnis der Zwangsgeldfestsetzung zum vorangegangenen Grundverwaltungsakt einschl. Androhung.....	130
X. Übersicht zum abgestuften Verwaltungsvollstreckungsverfahren bei den Zwangsmitteln nach § 19 VwVG	131
Kapitel L – Die Anwendung der Verwaltungsvollstreckungsmaßnahmen	132
I. Das Vollstreckungsverfahren abschließende Maßnahme	132
II. Bei der „Anwendung“ der Vollstreckungsmittel zu beachtende allgemeine Vollstreckungsvorschriften, §§ 5 bis 10 SächsVwVG (neben den bereits erörterten allgemeinen Vorschriften der §§ 1 bis 4).....	133
III. Anwendung des Vollstreckungsmittels Zwangsgeld.....	133
IV. Sonderfall der Zwangshaft nach uneinbringlichem Zwangsgeld	135
1. Zwangshaft als Beugemittel	135
2. Zwangshaft ist das letzte Mittel.....	135
3. Haftbefehl.....	135
4. Dauer der Zwangshaft	136
5. Zu den Voraussetzungen des Antrags	136
6. Entscheidung des Amtsgericht in eigener Zuständigkeit.....	138
7. Beispiel eines Haftbefehlsantrags.....	138
V. Zur Anwendung der Ersatzvornahme (in Abgrenzung zur sog. „unmittelbaren Ausführung nach § 6 SächsPolG) einschl. der sich anschließenden Kostenforderung.....	141
1. zweistufiges Verwaltungsvollstreckungsverfahren	141
2. Selbstvornahme oder Fremdovornahme	142
3. Verfahrensablauf beim Zwangsmittel der Ersatzvornahme.....	142
4. Abschleppfälle.....	143
5. Grundsätzlich zum Kostenersatz bei polizeilichen Maßnahmen.....	167

7. Beispiel eines Leistungsbescheides zur Anforderung der Kosten einer durchgeführten Abschleppmaßnahme	173
VI. Zur Anwendung des unmittelbaren Zwangs	173
1. Stärkstes in die Rechte des Pflichtigen eingreifendes Zwangsmittel	173
2. Definition	174
3. Anwendung des unmittelbaren Zwangs	174
4. Androhung vor Anwendung	175
VII. Sonderfall der Versiegelung nach § 79 Abs. 2 SächsBO	177
VIII. Sonderfall nach § 16a Tierschutzgesetz (bundesrechtliche Regelung)	177
Kapitel M – Vollstreckungshindernisse	179
I. Allgemeines	179
II. Ausdruck des Verhältnismäßigkeitsprinzips	179
III. Erledigungsfälle	180
Kapitel N – Unbeachtliche Fehler im Verwaltungs- und Vollstreckungsverfahren	186
Kapitel O – Das rechtswidrige Verwaltungs- und Vollstreckungsverfahren	188
I. Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	188
II. Rechtswidrigkeit als „mittelschwerer“ Fehler	188
III. Der Begriff der „Rechtswidrigkeit“ des Verwaltungsaktes	188
IV. Rechtswidriger Grundverwaltungsakt	192
V. Rechtswidrige Vollstreckungsmaßnahme	192
VI. Rechtswidrige Verwaltungsakte sind wirksam	193
1. Grundsatz der Wirksamkeit	193
2. Ende der Wirksamkeit eines rechtswidrigen Verwaltungsaktes	193
VII. Auswirkungen der Rechtswidrigkeit auf den Verwaltungsakt	194
Kapitel P – Das nichtige Verwaltungs- und Vollstreckungsverfahren	195
I. Grundnorm des § 44 VwVfG	195
II. Folge der Nichtigkeit	195
III. Beispiele aus der Rechtsprechung für nichtige Verwaltungsakte	196
Kapitel Q – Rechtsschutz im Verwaltungsvollstreckungsverfahren und seine Auswirkungen auf das Verwaltungsvollstreckungsverfahren	197
I. Grundsatz	197
II. Rechtsschutz gegen den der Vollstreckung vorausgegangenen Grundverwaltungsakt	197
1. Widerspruch bzw. Anfechtungsklage gegen den Grundverwaltungsakt	197
2. Keine aufschiebende Wirkung bei sofortiger Vollziehbarkeit	198
3. „Aufwachen“ durch die isolierte Zwangsmittelandrohung	199
III. Rechtsschutz nur gegen die Androhung eines Zwangsmittels	200

IV.	Rechtsschutz gegen die Zwangsgeldfestsetzung	200
V.	Rechtsschutz gegen die Anwendung eines Zwangsmittels	201
	1. Rechtsschutzmöglichkeiten	201
	2. Verwaltungsakt oder Realakt	201
	3. Erledigung.....	203
VI.	Rechtsschutz gegen eine Vollstreckung aus einem öffentlich-rechtlichen Vertrag (sog. Verwaltungsvertrag)	203
VII.	Rechtsschutz gegen eine Kostenforderung	204
VIII.	Übersicht über den Rechtsschutz im Verwaltungsvollstreckungsverfahren	205
IX.	Die Folgen des für den Vollstreckungsschuldner erfolgreichen Rechtsschutzes	206
	1. Erfolg bei der Anfechtung des Grundverwaltungsaktes (wg. dessen Rechtswidrigkeit).....	206
	2. Erfolg für den Vollstreckungsschuldner bei der Anfechtung einer Verwaltungsvollstreckungsmaßnahme	207
	3. Folgenbeseitigungsanspruch des Vollstreckungsschuldners	207
	4. Rückwirkung der gerichtlichen Entscheidung.....	209
 Kapitel R – Aufbau- und Prüfungsschema der Rechtmäßigkeit eines belastenden Verwaltungsaktes (Eingriffs-Verwaltungsakt).....		211
I.	Rechtsgrundlage, Gesetzesvorbehalt in der Eingriffsverwaltung (Art. 20 Abs. 3 GG).....	211
II.	formelle Rechtmäßigkeit, § 46 VwVfG	211
III.	materielle Rechtmäßigkeit	211
 Kapitel S – Das konkrete Verwaltungsvollstreckungsverfahren bei der Vollstreckung der sonstigen Verwaltungsakte (Prüfungs- und Ablaufschema) .		213
I.	Rechtsgrundlage der Verwaltungsvollstreckungsmaßnahme	213
II.	formelle Rechtmäßigkeit der Verwaltungsvollstreckungsmaßnahme	213
III.	materielle Rechtmäßigkeit der Verwaltungsvollstreckungsmaßnahme	214
IV.	Evtl. Vollstreckungshindernisse (§§ 2a, 19 Abs. 5 SächsVwVG) sind in jedem Verfahrensstadium zu beachten!.....	215
 Anhang:		
Verwaltungsvollstreckungsgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsVwVG)		217
Stichwortverzeichnis		229